Editorial

Frank Ettrich

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2019

Mitten während eines alles in allem recht durchschnittlichen, wobei immerhin interdisziplinären Workshops bemerkte die gerade Vortragende, erklärtermaßen Historikerin und Leiterin einer Gruppe von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, etwas unvermittelt: „...und wenn dann noch der ‚Quanti-Quali-Konflikt‘ aus der Soziologie in die Geschichtswissenschaft herüberschwappt... Ich würde ja gern für unser Projekt die Daten des SOEP auswerten. Aber wo werden denn heute noch quantitative Methoden in der Geschichtswissenschaft gelehrt – vielleicht noch in Bielefeld bei den Wirtschaftshistorikern“.

Das vorliegende Heft 3-4/2018 des Berliner Journals für Soziologie geht geraume Zeit nach dem 39. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Göttingen in Druck, der viel Normalwissenschaft bot, aber auch vom „Quanti-Quali-Konflikt“ überschattet war. Die Vorsitzende der DGS sah sich in Göttingen veranlasst, anstatt das Fach auf einige der gewiss nicht geringer gewordenen außerwissenschaftlichen Problemlagen zu orientieren, die Lage der Soziologie zu thematisieren und ihren „multiparadigmatischen Charakter“ in Erinnerung zu rufen. Nicole Burzans mit Verweis auf eine der großen deutschen Fachzeitschriften vorgetragener, sehr subjektiv angelegter Befund zur Lage des Faches lautete: „Meinem Eindruck nach wandelt sich der Diskurs derzeit nach einer längeren Phase überwiegender Ignoranz oder ‚verächtlicher Gleichgültigkeit‘ in Teilen zu ebenfalls problematischen Alternativen: teilweise zu einer destruktiven Rivalität mit relativ pauschalen Abwertungen anderer Richtungen, teilweise zu profilorientierten Abgrenzungen mit Konsequenzen für die wissenschaftliche Gemeinschaft oder – im Falle zum Beispiel der die Integration betonenden Mixed Methods – teilweise zu einem gewissen (ggf. Konflikte aus-

F. Ettrich (✉)
Erfurt, Deutschland
E-Mail: frank.ettrich@uni-erfurt.de

blendenden) Eklektizismus auf einer methodisch-methodologischen Ebene. Diese Optionen erscheinen mir nicht sonderlich erstrebenswert.“

Der Konflikt dauert auch nach dem Soziologiekongress in Göttingen an, und in einer der wenigen großen überregionalen Tageszeitungen, die die Soziologie als Fach überhaupt noch beobachten, war einige Monate nach dem Kongress sogar zu lesen, der „Methodenstreit“ in der deutschen Soziologie spitze sich weiter zu. Geführt werden die entsprechenden Debatten vor allem in den sozialen Medien und in professionspolitischen Organen wie dem Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie – wo sie fraglos gut aufgehoben sind. Aber natürlich kann sich auch das Berliner Journal für Soziologie als ein Medium der soziologischen Fachöffentlichkeit nicht der Positionierung in einer Kontroverse enthalten, die das Selbstverständnis und die Außenwahrnehmung der Soziologie substanziell tangiert. Im Fall des BJS geht dies zudem mit umfassenden Veränderungen in Herausgeberkreis, Geschäftsführung, Redaktion und Redaktionsort einher, sodass der gegenwärtige, disziplinübergreifende Verständigungsprozess nahezu in jedem zentralen Punkt wichtige Fragen der herausgeberischen und redaktionellen Standortbestimmung und Zukunftsausrichtung betrifft. Seit September 2018 gibt es daher neben dem Tagesgeschäft von Herausbergremium, Redaktion und Lektorat eine intensive Diskussion zur Positionsbestimmung des Journals, über die in einem der kommenden Hefte des 29. Jahrgangs berichtet werden soll. Dabei geht es, das sei hier vorweggenommen, nicht um Spektakuläres. Das Journal wird sich auch in Zukunft als allgemeine Fachzeitschrift der multiparadigmatischen Soziologie definieren, wobei die gesellschaftliche und wissenschaftliche Relevanz, die theoretische und methodologisch-methodische Kohärenz sowie historisch-empirische und vergleichende Analysen zentrale Kriterien der Arbeit bleiben werden.

Das vorliegende Heft steht, ohne dass dies absichtsvoll geschieht, durchaus in dieser Tradition, die mit der Bezeichnung „allgemeine Fachzeitschrift“ verknüpft ist. Es versammelt Beiträge zu aktuellen Feldern der soziologischen Theoriedebatte, zur Soziologie der Lebensführung und Soloselbstständigkeit, zur Soziologie der Migration und Integration, zur Ungleichheits- und Bildungssoziologie sowie zur sozialwissenschaftlichen Konzeptualisierung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Wandlungsprozesse. Thematisch und methodisch ein angemessener Ausschnitt aus der vitalen soziologischen Forschungspraxis und Diskussion also.

Das Heft wird von einem nur auf den ersten Blick rein theoriegeschichtlichen Beitrag Daniel Wittes eröffnet, der dem Weiterwirken des Erbes Emile Durkheims in der Genese und Architektur der Soziologie Pierre Bourdieus nachgeht. Witte konzentriert sich dabei auf die politische und Staatssoziologie Bourdieus, die seit der Veröffentlichung von dessen Vorlesungen „Über den Staat“, gehalten von 1989 bis 1992 am Collège de France, in der Bourdieu-Diskussion vermehrte Aufmerksamkeit erfahren hat. Traditionell eher wenig beachtet, gelten die politik- und insbesondere die staatssoziologischen Schriften sowohl Durkheims wie Bourdieus inzwischen als unverzichtbar, hat sich doch der moderne Nationalstaat, insbesondere in seiner zentralistischen französischen Ausprägung, als Fluchtpunkt im Denken beider Autoren erwiesen. Witte zeigt, wie Bourdieu die größten Schwächen der politischen Soziologie Durkheims durch eine intensive Weber-Interpretation konflikt- und akteurstheoretisch zu überwinden sucht, sieht aber auch Bourdieus Soziologie des

Staates und seine politische Soziologie in ihrer Grundstruktur als durch und durch vom methodologischen religionssoziologischen Universalismus des von Durkheim etablierten Paradigmas geprägt. Ungeachtet aller elaborierten Revisionen teilen beide Ansätze die Stärken und Schwächen dieses Paradigmas: ein ambivalentes Erbe also. In seiner differenzierten theorietechnischen Argumentation lässt Wittes Text exemplarisch transparent werden, in welchem Maße sich die großen Soziologien des 20. Jahrhunderts, zu denen jene Bourdieus uneingeschränkt gehört, der intensiven und kreativen Auseinandersetzung mit der Gründungsklassik verdanken – und damit, so ließe sich jedenfalls argumentieren, einem moderat kumulativen Modell des wissenschaftlichen, insbesondere theoretischen Fortschritts folgen.

Seit Mitte der 1990er-Jahre stellen Solo-Selbstständige mit mehr als 50 % den Löwenanteil der Selbstständigen in Deutschland; in anderen europäischen Ländern ist diese Quote sogar noch höher. Obwohl die Zahl der Solo-Selbstständigen seit einiger Zeit – vermutlich aufgrund der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage – stagniert bzw. leicht abnimmt, nehmen in Deutschland nach wie vor weit über zwei Millionen Menschen diese Erwerbsform wahr, die der Tendenz nach einer Feminisierung und Postmigrantisierung unterliegt. Solo-Selbstständigkeit zieht in besonderem Maße das Interesse auf sich, wenn es um die Frage der Erwerbsformen der Zukunft geht, erscheint sie doch seit den 1990er-Jahren als ambivalent schillernde Alternative zu den Erwerbsformen und Berufen der fordistischen Massenproduktion und wird meist – empirisch sehr verkürzt – mit den zum Teil rosigen Erwartungen an die Dienstleistungs- und Kreativwirtschaft assoziiert. Eigenverantwortung, Destandardisierung, Kreativität und Subjektivierung der Arbeit werden mit dieser einzelkämpferischen Ausformung des „unternehmerischen Selbst“ noch immer besonders stark verknüpft. Gleichzeitig gilt auch für die Solo-Selbstständigen in Deutschland der allgemeine Trend, dass sich die Struktur der Erwerbstätigen hin zu den Kohorten in einem höheren Alter verschiebt. Alter wird damit auch zu einem dringenden Problem der sozialwissenschaftlichen Forschung über Solo-Selbstständigkeit. Vor diesem Hintergrund geht Laura Hanemann in ihrer qualitativen Studie den Lebensführungsmustern von Solo-Selbstständigen aus der Kulturindustrie nach, die sich im „mittleren Alter“ von 40 bis 53 Jahren befinden und über jahrelange Berufserfahrung verfügen. Die Autorin identifiziert als übergreifendes Muster der subjektiven und biografischen Verarbeitung der Erwerbsform dieser Gruppe eine „Lebensführung im Konjunktiv“, die durch ein dauerhaftes Spannungsverhältnis von Aktivierung und Lähmung gekennzeichnet sei. Da sich die Interviewpartnerinnen und -partner der Autorin in ihrer biografischen Selbstbeobachtung an der industriegesellschaftlich etablierten Dreiteilung des „institutionalisierten Lebenslaufs“ (Martin Kohli) und der damit einhergehenden „normalbiographischen Schemata“ (Daniela Schiek) orientieren, führe die altersmoderierte Auseinandersetzung mit der eigenen Solo-Selbstständigkeit zur widersprüchlichen Zuspitzung eines konjunktivistischen Lebensführungsmusters, das zwischen Selbstverwirklichung und Streben nach Autonomie einerseits und dem Bedürfnis nach mehr „Sicherheit“ und „geregelten Strukturen und Verhältnissen“ andererseits hin und her schwankt.

Eine herausragende Dimension des gesellschaftlichen Wandels in der Bundesrepublik ist die Entwicklung hin zu einer „normalen“ Einwanderungsgesellschaft – zu einer „postmigrantischen Gesellschaft“. Dies manifestiert sich nicht nur im

kulturellen Wandel der sogenannten „Mehrheitsgesellschaft“. Im Zeitverlauf und in der Generationsabfolge lässt sich auch konstatieren, dass die zweite Generation von Migrantinnen und Migranten strukturell (Bildungsabschlüsse, Beruf, Arbeitsmarkt, Wirtschaft), kulturell (Sprache) und auch sozial (Beziehungen in der Mehrheitsgesellschaft) besser gesellschaftlich integriert ist, als sich das für die erste Generation empirisch feststellen lässt. Damit ist gleichwohl nicht gesagt, dass die postmigrantische Gesellschaft als „negotiated order“ ihre alltagsweltliche Virulenz verloren hat. Auf der Grundlage von Gruppendiskussionen und Einzelinterviews analysieren Jürgen Gerhards und Florian Buchmayr im Vergleich von erster und zweiter Generation verschiedener Migrantengruppen symbolische Grenzziehungsprozesse zwischen Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft, indem sie am Marker der Namensgebung die symbolische Dynamik der „Grenzarbeit“ dokumentieren. Vornamen können dabei auf Prozesse der Grenzaufweichung zwischen Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten verweisen, so im Falle vor allem der Migranten aus Mittel- und Osteuropa. Sie können aber auch – wie im Falle jener Migrantinnen und Migranten aus der Türkei und den arabischen Ländern in der zweiten Generation, die ihre Kategorisierung als Muslime verarbeiten – eine Grenzkontraktion und verstärkte Rückbesinnung auf Herkunftsidentitäten und alte Grenzen signalisieren.

Einen Mechanismus der vertikalen Grenzziehung bzw. sogar sozialen Schließung untersucht Tim Sawert am Fall der gymnasialen Fremdsprachenausbildung, mit der eigentümlichen Beharrungskraft der altsprachlichen Fächer und den fortbestehenden Präferenzen für die Wahl des humanistischen Gymnasiums zum Erwerb der Hochschulreife. Wie Sawert zeigt, sind es vor allem bildungsbürgerliche Haushalte, verstanden als historische Akademikerfamilien, die im Kontext einer abnehmenden sozialen Selektivität des Abiturs mit der Wahl von Latein als erster Fremdsprache für ihre Kinder ein Signal der historischen Bildungsnähe und damit ein wirksames Zeichen kultureller Distinktion aussenden. Mehr noch: Die auf den ersten Blick rückwärtsgewandte Bildungsideologie erweist sich in Kombination mit dem ausgeprägteren Streben nach Auslandsaufenthalt als nachweisbarer Vorteil für den Berufseinstieg und die Arbeitsmarktchancen von Kindern mit bildungsbürgerlicher Abstammung. Schon Pierre Bourdieu, den Sawert als theoretischen Referenzautor seiner Analyse heranzieht, betont den historisch-konfliktuellen Charakter der Logik sozialer Felder. Auch Sawert zeigt in seiner Rekonstruktion des historischen Wandels des deutschen Bildungssystems seit Einführung des Abiturs 1788, wie die neuhumanistische Bildungsideologie des 19. Jahrhunderts als *nomos* des Feldes auch in Zeiten transnationaler und arbeitsmarktfunktionaler Bildungsorientierungen zu „beinahe unsichtbaren“ Formen der Elitenbildung und sozialen Strukturierung beiträgt.

Die international vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung ist ein ebenso umfängliches wie etabliertes Feld primär quantitativer Sozialforschung, das sich – neben der stets beträchtlichen methodisch-empirischen Herausforderung der Mess- und Vergleichbarkeit – seit der Veröffentlichung von Gøsta Esping-Andersens „roter Bibel“ Anfang der 1990er-Jahre um einige zentrale Fragestellungen gruppiert: Neben der Frage der Typologie von Wohlfahrtsstaatsregimes sind das vor allem die Probleme der sozialstaatlichen Institutionalisierung von Formen der Geschlechterungleichheit sowie des Abbaus oder Umbaus sozialstaatlicher Leistungen und Strukturen im Zu-

ge der neoliberalen Restrukturierung wohlfahrtsstaatlicher Gegenwartsgesellschaften. „Eigenverantwortung“ gehört dabei zu den zahlreichen politischen und auch in wissenschaftlichen Diskursen bemühten Leitformeln, die die wohlfahrtsstaatlichen Umbauprozesse der letzten Jahrzehnte dirigieren oder orchestrieren. Patricia Frericks, Julia Höppner und Ralf Och präsentieren in ihrem Beitrag Ergebnisse und Befunde aus einem Forschungsprojekt, das die seit Anfang der 1990er-Jahre nicht zuletzt am Leitbild der individuellen Verantwortung orientierten politischen Reformen sozialstaatlicher Institutionen auf institutionelle Effekte befragt, die sich als institutionelle Individualisierung begreifen lassen. Für zehn europäische Länder gehen die Autorinnen und der Autor für die sozialen Sicherungsbereiche Arbeitslosigkeit und Alterssicherung der Frage nach, ob sich von Individualisierungseffekten oder sogar der Konversion in Richtung eines Individualisierungstrends sprechen lässt. Die Befunde sind dabei weder eindeutig noch verallgemeinerbar, wenn man den nach wie vor dominanten Familienbezug bestimmter Sicherungsmaßnahmen nicht als einen allgemeinen Trend ansehen will.

Der Zusammenhang von Bildung und sozialer Herkunft gehört nach wie vor zu den zentralen Bereichen soziologischer Forschung. Inzwischen ist auch das Wissenschafts- und Hochschulsystem zu einem intensiv beforschten Gegenstand der bildungs- bzw. wissenschaftssoziologischen Ungleichheitsforschung geworden, die in der Tradition von Robert K. Merton oder Pierre Bourdieu an der soziologischen Aufklärung über eine dominante *illusio* des Wissenschaftsfeldes, der Illusion der Chancengleichheit durch wissenschaftliche Leistung, beteiligt ist. Maria Keil geht in ihrer metaanalytischen Studie den qualitativen und quantitativen Befunden über und den Erklärungsstrategien für die ausgeprägte soziale Selektivität des deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystems nach. Die Autorin zeigt, dass über alle Etappen einer akademischen Laufbahn hinweg bis hin zur Dauerstelle als Professorin bzw. Professors formelle, vor allem aber informelle Mechanismen wirksam sind, die die Herkunft im Sinne des kulturellen, ökonomischen und sozialen Kapitals zur entscheidenden Determinante des beruflichen Aufstiegs und Erfolgs macht. Vor dem Hintergrund der vorliegenden Forschungslage geht Keil davon aus, dass soziale Selektionsmechanismen zwar an den Übergängen zwischen den primären, sekundären und tertiären Sektoren des Bildungsbereichs sichtbar werden, gleichwohl aber auch innerhalb aller Qualifikationsstufen wirken.

Zeitdiagnostische soziologische Texte haben gegenwärtig Konjunktur, während das Risiko einer gesellschaftstheoretischen Thematisierung des globalen gesellschaftlichen Wandels mit Erklärungsanspruch unkalkulierbar erscheint und daher eher gemieden wird. Karl-Werner Brand scheut dieses Risiko nicht und skizziert unter dem Stichwort „disruptive Transformationen“ ein zyklisch-strukturelles Modell sozial-ökologischer Transformationsdynamiken, das ohne normativen Anspruch die Transformation von Umweltparadigmen und Umweltregimen eng mit Annahmen über zyklische Umbruchs- und Restrukturierungsprozesse kapitalistischer Industriegesellschaften verknüpft. In einer formalen modelltheoretischen Sprache zielt der ansonsten vieldeutige und sperrige Begriff der „Transformation“ mit Gudmund Hernes auf Veränderungen der Form oder des Operators von Prozessstrukturen, womit Veränderungen von deren Output-Struktur und zeitlichen Trajektorien einhergehen. In diesem Sinne sind Transformationen immer disruptive strukturelle Wandlungspro-

zesse. Neben Marx' Skizze zur „ursprünglichen Akkumulation“ gilt v.a. Polanyis Analyse der „Great Transformation“ als klassisches Beispiel einer makrosozialen Transformationsuntersuchung. In der wissenschaftlichen Diskussion über die postkommunistischen Umbrüche avancierte „Transformation“ zum Leitbegriff einer Perspektive, die im Unterschied zu bestimmten Strängen der politikwissenschaftlichen Transitions- und Revolutionsforschung den Umfang, die Komplexität (Dilemma der Gleichzeitigkeit von Demokratisierung, Vermarktwirtschaftlichung und Nationenbildung) und die Utopie einer Blaupausen-Perspektive auf die ablaufenden Strukturwandlungsprozesse akzentuierte. Die Tatsache, dass das „Ziel“ der umfassenden Gesellschaftsreformen im Grunde feststand (liberale Demokratie, Marktwirtschaft und nationale Souveränität), nährte, zusammen mit der vergleichsweise überschaubaren Konstellation von Akteuren, die optimistische Hoffnung, makrostrukturelle Transformationen seien möglicherweise doch als holistische Politikprojekte zu realisieren. Mit Blick auf den spätestens seit der Finanzkrise von 2007/08 weithin geteilten Befund, die heutige globale Situation lasse sich nur als „multiple Krise“, als Kombination von wenigstens einer ökologischen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise interpretieren, hat sich ein neuer sozialwissenschaftlicher Transformationsdiskurs formiert, der neben der Tiefe, Interdependenz und Komplexität der anstehenden globalen Reform- und Wandlungsprozesse die Notwendigkeit auch einer wissenschaftlich fundierten Gewinnung von Leitbildern, politischen Zielstellungen und „Utopien“ (Erik O. Wright) betont. Gestützt vor allem auf eine mögliche Interpretation der Theorie(n) langer ökonomischer Wellen und Umbrüche gesellschaftlicher Regulationsregime und Wissensbestände der soziologischen Gesellschaftstheorie entwirft Brand in diesem Sinne eine Erklärungsstrategie, die im Trend der gegenwärtigen „Transformationsdebatte“ liegt.

Den Abschluss des vorliegenden Heftes bilden Tagungsberichte und die Nekrologe von Friedhelm Neidhardt auf Wolfgang Zapf (1937–2018) und von Hans-Peter Müller auf Heiner Ganßmann (1944–2018). Margit Wehrich nutzt ihren Bericht über die Tagung „Transformationen alltäglicher Lebensführung“ des Deutschen Jugendinstituts und des Instituts für sozialwissenschaftliche Information und Forschung e. V. für eine detaillierte Bilanz und einen Überblick über die konzeptionellen und gesellschaftlichen Herausforderungen, denen sich die seit mehr als 30 Jahren erfolgreich arbeitende Soziologie der alltäglichen Lebensführung heute gegenüber sieht. Ihr Beitrag lässt deutlich werden, dass mit Lebensführung ein soziologisches Forschungsfeld bezeichnet ist, das wie wenige andere mit den Herausforderungen der heutigen gesellschaftlichen Wandlungsprozesse (Altern, Nachhaltigkeit, Digitalisierung, globale Migration) wie auch der subjektorientierten Theorieentwicklungen (Praxistheorie, Ethnografie, Entscheidungstheorie) konfrontiert ist. Jakob Gasser berichtet von der Frühjahrstagung der DGS-Sektion „Wirtschaftssoziologie“, die unter dem Titel „Ökonomischer Nationalismus?“ am 01./02. Juni 2018 in Graz stattfand.